

1 **Antrag an den Landesparteitag der NRWSPD**

2

3 **Antragsteller: SPD-Landesvorstand**

4 **Adressat: SPD-Landesparteitag**

5

6 **Betreff: Dialog führen - gesellschaftlichen Zusammenhalt fördern - Demokratische Haltung**
7 **fordern und fördern**

8

9 Der Landesparteitag möge beschließen:

- 10 1. Die NRWSPD steht für eine moderne und weltoffene Integrationspolitik. Deshalb
11 führen wir den Dialog mit MigrantInnenselbstorganisationen und Verbänden und
12 setzen uns für die soziale, gesellschaftliche und politische Teilhabe von Menschen mit
13 Migrationshintergrund ein. Integration ohne Partizipation kann nicht gelingen.
- 14 2. Das Grundgesetz ist das Fundament unseres gesellschaftlichen Miteinanders. Es ist
15 zusammen mit den geltenden Gesetzen Grundlage für das Zusammenleben aller
16 Menschen in unserem Land. Sie bilden auch die Basis für den Dialog und die
17 Zusammenarbeit mit MigrantInnenselbstorganisationen und Verbänden.
- 18 3. Für uns bleibt die generelle Hinnahme der Mehrstaatigkeit notwendig. Das
19 kommunale Wahlrecht für Menschen, die seit Jahren rechtmäßig in Deutschland
20 leben, ein Einwanderungsgesetz und verbindliche Integrationsräte in den Kommunen
21 sind unverzichtbare Bausteine guter Integrationspolitik.
- 22 4. MigrantInnenselbstorganisationen spiegeln die Vielfalt der Menschen und ihrer
23 unterschiedlichen Herkunftsgeschichten. Sie haben unter anderem kulturelle,
24 religiöse oder ethnische Hintergründe. Die SPD muss auf allen Ebenen das Gespräch
25 mit diesen Organisationen und ihren Dachverbänden suchen und führen, denn
26 Integration ist ein wechselseitiger Prozess und eine gesamtgesellschaftliche Aufgabe.
27 Die Beendigung oder das Aussetzen eines Dialoges trifft weniger die FunktionärInnen
28 der Organisationen, sondern insbesondere diejenigen, die auf das Angebot dieser
29 Verbände angewiesen sind. Wir wollen neue Wege entwickeln, um auch die
30 Menschen zu erreichen, die nicht in Verbänden organisiert sind.
- 31 5. Wir lassen keinen Zweifel daran aufkommen, dass Menschen- und Grundrechte wie
32 Gleichberechtigung, Meinungsfreiheit, Glaubens- und Gewissensfreiheit, die Freiheit
33 von Wissenschaft, Kunst und Kultur für uns unverhandelbar sind, ohne die
34 MigrantInnenselbstorganisationen und Verbände unter Generalverdacht zu stellen.
- 35 6. Organisationen und Verbände, die unsere in der Verfassung niedergelegte
36 Werteordnung ablehnen, sind für uns keine GesprächspartnerInnen.
- 37 7. Unser Religionsverfassungsrecht ist offen für alle Religionen. Mit dem Grundgesetz
38 ist eine Ungleichbehandlung nichtchristlicher Religionsgemeinschaften nicht
39 vereinbar. Die Frage, ob islamische Verbände oder andere durch Einwanderung in

40 Deutschland sesshaft werdende religiöse Gruppierungen in NRW als
41 Religionsgemeinschaften anerkannt werden oder ein Anspruch auf Anerkennung als
42 Körperschaft des öffentlichen Rechts besteht, muss anhand (vorhandener) objektiver
43 Kriterien entschieden werden. Auch hier sind das Grundgesetz und die
44 Landesverfassung Maßstab. Die Diskussion wird auch durch aktuelle politische
45 Veränderungen zum Beispiel in der Türkei belastet. Derzeit sieht die NRWSPD
46 beispielsweise eine Anerkennung des größten Dachverbands DITIB kritisch, wobei
47 auch andere Verbände und deren Anerkennung äußerst problematisch sind. Wir
48 erwarten von DITIB eine schnelle Loslösung von der türkischen Regierung und
49 Konzentration auf die religiöse Arbeit. Eine Positionierung, die sich nur auf ein
50 Bundesland bezieht, ist zudem nicht sinnvoll.

51 Das bedeutet aber nicht den Abbruch des Dialoges. Sich konstruktiven Gesprächen zu
52 verweigern, erschwert die Integration. Die Positionen der einzelnen lokalen
53 Verbände und Gemeinden sind vielfältig. Viele Mitglieder leben dort ihre Kultur und
54 Religion, ohne sich durch Dachverbände oder ausländische Religionsbehörden
55 beeinflussen zu lassen. Mit diesen unabhängigen und demokratischen Kräften
56 suchen wir verstärkt den Dialog.

57 8. Die SPD muss die Diskussion auch innerparteilich fortsetzen und die eigenen
58 Strukturen weiterentwickeln. In der Integrationspolitik darf es nicht zu ethnischen
59 oder religiösen Konfrontationen kommen. In Arbeitsgemeinschaften und
60 Parteigremien dürfen nicht nur Fragestellungen eine Rolle spielen, die muslimische
61 Mitbürgerinnen und Mitbürger betreffen, sondern die Themenschwerpunkte müssen
62 auch die Vielfalt der Gesellschaft widerspiegeln.